

Antrag Nr. 1.2.	Antragsteller: Bezirksfachbereichskonferenz Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen Berlin
Antragsthema: Stellungnahme zu den Ergebnissen der Hartz-Kommission und den Konsequenzen für unsere gewerkschaftliche Arbeit	
<b>Die Bezirkskonferenz Berlin möge beschließen:</b>	<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>
<p>1 Wir brauchen einen gesellschaftlichen Konsens über  2 die inhaltliche und finanzielle Verstetigung der Arbeits-  3 marktpolitik, und zwar jenseits einzelner Legislatur-  4 perioden.  5  6 Wir benötigen eine Partei übergreifende Verständ-  7 digung über die sozialstaatliche Funktion der  8 Arbeitsmarktpolitik.  9  10 Wir wollen die Modernisierung der arbeitsmarkt-  11 politischen Institutionen, die auf Demokratisierung und  12 eine stärkere Ergebnisorientierung im Sinne sozial-  13 staatlicher Aufgaben zielt.  14  15 Wir brauchen auch in Zukunft eine anspruchsvolle und  16 zielgruppenspezifische Arbeitsmarktpolitik statt einer  17 pauschalen Förderung von Niedriglöhnen. Eine  18 angemessene Strategie für die Bundesrepublik  19 Deutschland kann nur in einer Hochlohnstrategie und  20 damit verbunden in einer Qualifizierungsstrategie  21 liegen.  22  23 Die passiven Leistungen sind zumindest in ihrem  24 bisherigen Umfang zu erhalten und armutsfest zu  25 gestalten. Sie sind die Grundlage der sozialen  26 Sicherung, stärken die Qualität der Beschäftigung und  27 ermöglichen die Suche nach einer angemessenen  28 Erwerbsarbeit.  29  30 Es muss einen Kurswechsel in der staatlichen  31 Finanzpolitik geben. Auch unter Beachtung der  32 Verschuldungskriterien des europäischen Wachstums-  33 und Stabilitätspakts ist eine Verstärkung öffentlicher  34 Nachfrage, insbesondere der Investitionen, finan-  35 zierbar. Dazu muss die Steuerpolitik zuerst am Ziel  36 sozialer Gerechtigkeit orientiert werden. Dies führt zu  37 steigenden Einnahmen des Staates.  38  39 <u>"Der Bericht ist nicht ganz aus Gold, aber er trägt</u>  40 <u>unsere Handschrift"</u>. So wurde das ver.di-  41 Bundesvorstandsmitglied Isolde Kunkel-Weber am  42 26.8.02 anlässlich der Präsentation des Berichtes der  43 Hartz-Kommission zitiert.  44 In der 15-köpfigen Expertengruppe von Hartz saßen  45 neben Isolde Kunkel-Weber und dem IGM-Gewerk-  46 schafter Gasse fast ausschließlich Kapitalvertreter, so  47 drei Repräsentanten von Consulting- Firmen darunter  48 Mc Kinsey &amp; Co. Hans-Eberhardt Schleyer, Sohn des  49 damaligen Arbeitgeberpräsidenten Hans-Martin, war  50 als Vorsitzender des Zentralverbands des Deutschen  51 Handwerks dabei.</p>	

Antrag Nr. 1.2.	Seite 2
Antragsthema: <b>Stellungnahme zu den Ergebnissen der Hartz-Kommission und den Konsequenzen für unsere gewerkschaftliche Arbeit</b>	
<p>52 Daimler-Chrysler, BASF und Deutsche Bank  53 entsandten ebenso Fachleute. Von den  54 Arbeitsloseninitiativen war selbstredend niemand zur  55 Beteiligung eingeladen.  56  57 Was kam bei Hartz heraus? Ist Isolde Kunkel-  58 Webers Sicht der Dinge zutreffend?  59  60 <u>"Ich halte diese Form, einen Arbeitslosen in den</u>  61 <u>ersten sechs Monaten zum Arbeitslosengeld auszu-</u>  62 <u>leihen, für eine moderne Form der Zwangsarbeit"</u> (So  63 der letzte IG Medien-Chef Detlef Hensche zum  64 Modul 8 "PSA", welches Hartz als das "Herzstück"  65 des Abschlußberichtes bezeichnet.)  66  67 Die konfessionellen Sozialverbände <b>Caritas</b> und  68 <b>Diakonie</b> wie unisono die Initiativgruppen der  69 Arbeitslosen und der Sozialhilfebezieher lehnen die  70 Vorschläge des Hartz-Berichtes als unsozial ab,  71 während in der Öffentlichkeit der Eindruck vermittelt  72 wird, es herrsche bei den Gewerkschaften  73 Begeisterung über das Hartzsche Konzept vor. Dabei  74 widersprechen diese Ergebnisse in zentralen  75 Punkten der Beschlusslage unserer Gewerkschaft  76 ver.di und auch des DGB. Dass die ver.di-  77 Landesbezirke Bayern und NRW sich zum Hartz-  78 Ergebnis ablehnend positioniert haben, wie dies  79 analog auch eine Vielzahl von Bezirken und  80 Fachbereichen getan haben, wird nicht registriert.  81  82 Dagegen registrieren viele der Noch-Beschäftigten,  83 dass ihre soziale Absicherung weiter zur Disposition  84 gestellt wird, dass vom Kampf gegen die  85 Arbeitslosigkeit und für Vollbeschäftigung nur noch  86 Hartzes Käse übrig geblieben ist. In den Gesprächen  87 am Arbeitsplatz, mit den organisierten wie den  88 unorganisierten Kolleginnen und Kollegen, nimmt  89 Hartz einen großen Platz ein. Gerade bei den  90 Kolleginnen und Kollegen, die sich perspektivisch  91 von Arbeitslosigkeit bedroht sehen, und das sind im  92 Gesundheitsbereich viele, wächst das Gefühl, von  93 ihrer Gewerkschaft abgemeldet zu werden.  94 Perspektivlosigkeit und Austritte werden die Folge  95 sein. Eine Ich-AG braucht keine Gewerkschaft!  96  97 <b>Die Pläne der Hartz-Kommission sind ein</b>  98 <b>weiterer, großer Schritt in Richtung Neo-</b>  100 <b>Liberalismus.</b> Einige Schlaglichter:  101</p>	<p><b>Empfehlung der Antragskommission:</b></p>

Antrag Nr. 1.2.	Seite 3
<b>Antragsthema: Stellungnahme zu den Ergebnissen der Hartz-Kommission und den Konsequenzen für unsere gewerkschaftliche Arbeit</b>	
<p>102 - Die geplante Kürzung der Arbeitslosenunter-  103 stützung von 40 auf 13,2 Milliarden Mark im Jahr bei  104 gleichzeitiger Subventionierung der Lohnkosten für  105 die Unternehmer ist eine gigantische Umverteilung  106 von unten nach oben. Es ist ein Raubzug der  107 Unternehmer auf die von den Lohnabhängigen  108 erwirtschafteten Arbeitslosenversicherungsbeiträge.  109</p> <p>110 - Die Normalarbeitsverhältnisse und hier insbe-  112 sondere die im sowieso schon gebeutelten  113 Gesundheitsbereich geraten unter massive Kon-  114 kurrenz der zwangsweisen Billiganbieter von  115 menschlicher Arbeitskraft eines Heeres von  116 LeiharbeiterInnen, Scheinselbständigen und öffent-  117 lich subventionierten BewerberInnen. Die Vorschläge  118 der Hartz-Kommission verschlechtern im Ergebnis  119 die Arbeits- und Lebensbedingungen der  120 Beschäftigten. Sie lenken davon ab, dass ca. 7  121 Millionen Arbeitsplätze fehlen und dafür die  122 Unternehmer verantwortlich sind.  123</p> <p>124 -. Mit den Vorschlägen wird Erwerbslosen die Exis-  125 tenzgrundlage entzogen und die finanzielle  126 Absicherung während der Erwerbslosigkeit  127 privatisiert. Sie verstärken den Druck, immer  128 schlechtere Arbeitsbedingungen hinzunehmen und  129 gefährden reguläre Arbeitsplätze.  130</p> <p>131 - Die " Zusammenführung" von Arbeitslosenhilfe und  132 Sozialhilfe führt zu drastischen Einschnitten. Die  133 Kürzungen beim Arbeitslosengeld bedeuten in der  134 Folge weniger Einkommen, Verschuldung,  135 Wohnungsprobleme und sozialen Abstieg. In der  136 Wahrnehmung von Arbeitslosen bedeutet dies: „Die  137 Diffamierung und Stigmatisierung von Erwerbslosen  138 als Faulenzer und Arbeitsunwillige führt dazu, dass  139 wir zu beinahe rechtlosen Objekten der  140 Arbeitsvermittlung werden und dies soll uns in  141 schlechte Arbeitsverhältnisse zwingen.“ (IGM Bad  142 Orb)</p> <p>143 - Mit den Vorschlägen wird keine Beschäftigungs-  144 offensive angeregt. Vielmehr müssen wir damit  145 rechnen, dass sich der Druck auf die Löhne und  146 Gehälter, auf die Arbeitszeit und auch die  147 Arbeitssicherheit erhöht. Das sog. Normal-  148 arbeitsverhältnis wird weiter zu Gunsten von  149 deregulierten Arbeitsverhältnissen abgebaut und das  150 Job-Karussell nach unten nur beschleunigt.  151</p>	<p><b>Empfehlung der Antragskommission:</b></p>

Antrag Nr. 1.2.	Seite 4
<b>Antragsthema: Stellungnahme zu den Ergebnissen der Hartz-Kommission und den Konsequenzen für unsere gewerkschaftliche Arbeit</b>	
<p style="text-align: right;"><i>Empfehlung der Antragskommission:</i></p>	
<p>152 153 154 155 156 157 158 159 160 161 162 163 164 165 166 167 168 169 170 171 172 173 174 175 176 177 178 179 180 181 182 183 184 185 186 187 188 189 190 191 192 193 194 195 196 197 198 199 200 201</p>	<p>Trotz Imagepolierung bleiben Zeit- und Leiharbeit – ob gewerblich oder gemeinnützig - Arbeitsplätze zweiter Klasse. Schlechtere Bezahlung, weniger Urlaub und Verweigerung von Zusatzleistungen sind an der Tagesordnung.</p> <p>- Die ICH-AGs sind nichts anderes als eine Ausweitung von Scheinselbständigkeit. Diese neuen Beschäftigungsformen untergraben die Schutzrechte der Arbeitnehmer/-innen (z.B. Urlaub, Kündigungsschutz usw.) und verlagern das Arbeitgeberrisiko auf diejenigen, die ihre Existenz durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft sichern müssen.</p> <p>- Die Verschlechterungen der Zumutbarkeits- und Sperrzeitregelungen, sowie der Verlust von (beruflicher) Qualifikation und erhöhte Mobilität schaffen keine zusätzlichen neuen Arbeitsplätze. Die Umkehrung des Beweislastprinzips bei Sperrzeit ist einfach nur zynisch, denn sie soll ebenfalls nicht zu neuen Arbeitsplätzen, sondern nur zur Leistungskürzung beitragen. Wir lehnen die Aufweichung des Kündigungsschutzes ab. Dieser wird durch die Ausweitung der Leiharbeit und die Einführung der Ich-AGs entzogen. Rechte der Betriebsräte nach dem Betriebsverfassungsgesetz in den Entleiherbetrieben werden weiter reduziert.</p> <p>- Betroffen sind auch die Beschäftigten in den Arbeitsämtern, die sich Versuchen der Zerschlagung und Umfunktionierung der Arbeitsverwaltung gegenübersehen. In vielen Arbeitsämtern herrscht große Unruhe unter den ver.di-Kollegen. Auf dem Bundespersonalrätekongress haben viele Kolleginnen und Kollegen diesen Unmut artikuliert. Die ver.di-Vertrauensleute im Arbeitsamt Duisburg schrieben in ihrer Stellungnahme u.a. : Die angestrebte "Umgestaltung" der BA ist ein Abbruchunternehmen auf der "Baustelle BA" und schafft unter dem Strich nicht einen neuen Arbeitsplatz. Ganz im Gegenteil. So sollen die tariflichen Bindungen der Beschäftigten an den BAT (MTA der BA) aufgegeben werden.</p> <p><b>Ergebnis:</b> Das Hartz-Konzept wird eine weitere Abwärtsspirale für Beschäftigte und Arbeitslose in Gang setzen und ist in seiner Grundausrichtung für die Gewerkschaft ver.di als Interessensvertretung erwerbstätiger und erwerbsloser Lohnabhängiger nicht akzeptabel.</p>

Antrag Nr. 1.2.	Seite 5
<b>Antragsthema: Stellungnahme zu den Ergebnissen der Hartz-Kommission und den Konsequenzen für unsere gewerkschaftliche Arbeit</b>	
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>	
202 203 204 205 206 207 208 209 210 211 212 213 214 215 216 217 218 219 220 221 222 223 224 225 226 227 228 229 230 231 232 233 234 235 236 237 238 239 240 241 242 243 244 245 246 247 248 249 250 251	<p>Eine Übernahme dieser Positionen wird die Gewerkschaftsbewegung weiter in die Defensive drängen und zu weiterem Bedeutungs- und Mitgliederverlust führen. Wir verlangen nicht mehr und nicht weniger, als dass unsere Gewerkschaft konsequent die Interessen der Beschäftigten und Arbeitslosen vertritt - ohne politische und wahltaktische Rücksichtnahme!</p> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Es gibt in unserer Organisation mittlerweile eine kaum noch zu überblickende Zahl von Hartz-kritischen Stellungnahmen (Viele sind zu finden im Internet unter <a href="http://www.labournet.de">http://www.labournet.de</a>).</p> <p>Was wir als Begründung nennen würden, hat der ver.di-Landesvorstand Bayern mit breiter Mehrheit (eine Gegenstimme und eine Enthaltung) formuliert. Sie spricht für sich selbst.</p> <p>Zeiten, in denen ein Bundestagswahlkampf und eine wieder steigende Arbeitslosigkeit zusammen fallen, erzeugen offensichtlich arbeitsmarktpolitische Patent- und Primitivrezepte. So ist auch das Versprechen der Hartz-Kommission, die Arbeitslosigkeit bis 2005 zu halbieren – von rund 4 Mio. auf knapp unter 2 Mio. registrierte Arbeitslose – zu erklären.</p> <p>Diese Halbierung der Arbeitslosigkeit lässt sich in einer Intensivierung und Beschleunigung der Vermittlung der Arbeitslosen in Arbeitsplätze nicht realisieren. Im Mai 2002 standen 4,043 Mio. registrierte Arbeitslosen 468 Tsd. offene Stellen gegenüber. Die in der Debatte um die Pläne der Hartz-Kommission genannte Zahl von 1,5 Mio. offenen Arbeitsplätzen ist eine Phantomzahl. Ein rundes Drittel davon ist nur durch Fluktuation (Wechsel von Arbeitsplatz zu anderen Arbeitsplätzen mit kurzfristiger Nichtbesetzung) zu erklären. Ein weiteres Drittel ist hochqualifizierten und hochleistungsfähigen Arbeitnehmern vorbehalten, zielt also nicht auf die registrierten Arbeitslosen. Das Versprechen der Hartz-Kommission ist bei seriöser Betrachtung des Arbeitsmarktes völlig haltlos.</p> <p>Eine Halbierung der Arbeitslosigkeit wird nur möglich sein, wenn die Zahl der angebotenen Arbeitsplätze kräftig steigt. Das geht aber nicht über eine Intensivierung der Vermittlung, sondern nur über eine andere makroökonomische Politik,</p>

Antrag Nr. 1.2.	Seite 6
<b>Antragsthema: Stellungnahme zu den Ergebnissen der Hartz-Kommission und den Konsequenzen für unsere gewerkschaftliche Arbeit</b>	
<p style="text-align: right;"><b>Empfehlung der Antragskommission:</b></p>	
<p>252 d.h. über expansive Finanzpolitik des Staates und  253 eine expansive Geldpolitik (d.h. Senkung der  254 Leitzinsen) der Zentralbank. Dieser Kurswechsel in  255 der makroökonomischen Flankierung von Arbeits-  256 marktpolitik wird von Rot-Grün ebenso wie im  257 Konzept von Stoiber und Späth ausdrücklich nicht  258 angestrebt.  259  260 In einer Reihe von Vorschlägen sind sich Vertreter  261 der Hartz-Kommission und Stoiber und Späth in den  262 Grundzügen einig. Das betrifft die weitere  263 Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln und die  264 Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und  265 Sozialhilfe. Gemeinsam ist beiden Konzepten der  266 verstärkte Druck auf den bereits existierenden  267 Niedriglohnsektor. Damit wird die tarifpolitische  268 Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften direkt  269 geschwächt.  270  271 Beide Vorschläge sind von der neoliberalen Sicht,  272 dass die Verantwortung für Beschäftigung beim  273 Arbeitsmarkt liege, geprägt. Diese Sicht ist falsch:  274 Wenn makroökonomisch nichts für einen höheren  275 Beschäftigungsgrad getan wird, wirkt die weitere  276 Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeits-  277 marktes nur in Richtung einer weiteren Erosion der  278 Rechtsposition der Arbeitslosen. Sie gefährdet  279 zudem die Beschäftigungschancen im Niedrig-  280 lohnsektor, da damit zu rechnen ist, dass regulär  281 Beschäftigte durch subventionierte und erzwungene  282 Leiharbeit verdrängt werden. Angesichts dieser  283 Risiken ist die Reaktion des DGB auf die Vorschläge  284 der Hartz-Kommission sachlich nicht begründbar.  285 Der ver.di Landesbezirk Bayern lehnt die Vorschläge  286 der Hartz-Kommission ab.  287  288 Im Gegensatz dazu orientiert sich ver.di Bayern an  289 folgenden Grundsätzen der Arbeitspolitik:  290  291 Der Grundsatz "Arbeit statt Arbeitslosigkeit  292 finanzieren" wird in der politischen Debatte vielfach  293 dahingehend fehlinterpretiert, die passiven  294 Leistungen zu Lasten der Betroffenen zu kürzen.  295 Angesichts der bestehenden Arbeitsplatzlücke liegt  296 das Problem offensichtlich nicht in der angeblichen  297 Arbeitsunwilligkeit der Betroffenen. Passive  298 Leistungen tragen dazu bei, das heutige Lohnniveau  300 zu halten.  301</p>	

**Antragsthema: Stellungnahme zu den Ergebnissen der Hartz-Kommission und den Konsequenzen für unsere gewerkschaftliche Arbeit**

**Empfehlung der Antragskommission:**

302 Sie ermöglichen soziale Sicherung und sind eine  
303 wesentliche Grundlage für die erfolgreiche  
304 Arbeitsplatzsuche. Konkret bedeutet dies: Die  
305 bestehenden Leistungen dürfen nicht nur nicht noch  
306 weiter reduziert werden, sondern müssen um eine  
307 armutsfeste Mindestsicherung ergänzt werden.  
308 Leistungskürzungen der vergangenen Jahre - wie  
309 Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe oder die  
310 jährlich stattfindende Herabbemessung der  
312 Arbeitslosenhilfe um 3 % müssen zurück genommen  
313 werden.

314  
315 Die passiven Leistungen stellen gleichzeitig auch die  
316 Basis für die Qualität der aktiven Arbeitsmarktpolitik  
317 dar. Sie bieten einen Anreiz für die Arbeitsämter, den  
318 Betroffenen eine attraktive arbeitsmarktpolitische  
319 Maßnahme vorzuschlagen. Die bestehenden  
320 passiven Leistungen dürfen auch aus diesem  
321 Gesichtspunkt nicht noch weiter reduziert werden.

322  
323 Die Beitragsfinanzierung als Grundlage der  
324 Arbeitslosenversicherung ist alleine schon aus  
325 verteilungspolitischen Gründen aufrecht zu erhalten.  
326 Um die Einheit von aktiven und passiven Leistungen  
327 nicht zu zerstören, ist eine Aufteilung zwischen  
328 beitragsfinanzierter Lohnersatzleistung einerseits und  
329 steuerfinanzierter aktiver Arbeitsmarktpolitik  
330 andererseits zu vermeiden. Allerdings muss die  
331 Beitragsfinanzierung durch steuerfinanzierte Mittel  
332 ergänzt werden, um die Ausgleichsfunktion zwischen  
333 den Regionen nicht nur den Beitragszahlern  
334 aufzubürden und um eine antizyklische  
335 Arbeitsmarktpolitik betreiben zu können.

336  
337 Die Beitragsfinanzierung sollte durch einen  
338 regelgebundenen steuerfinanzierten Bundeszu-  
339 schuss ergänzt werden, dessen Höhe sich an der  
340 Höhe der Arbeitslosenzahl bemisst. Weiterhin ist  
341 über den Weg einer Arbeitsmarktabgabe die  
342 Einbeziehung der Beamten und Selbständigen in das  
343 Finanzierungssystem zu realisieren. Letzteres  
344 gerade auch vor dem Hintergrund, dass die aktuelle  
345 Arbeitsmarktpolitik instrumentell "neue Selbst-  
346 ständigigkeit" als erfolgversprechenden Ausstieg aus  
347 der Arbeitslosigkeit favorisiert

348  
349  
350  
351

**Beschluss der Bezirkskonferenz Berlin:**

**Erledigt durch Annahme 1.3. (✓)**

**Annahme** ( )

**Annahme als Material** ( )

mit ..... Stimmen

gegen ..... Stimmen

bei ..... Enthaltungen

**Abgelehnt**

mit ..... Stimmen

gegen ..... Stimmen

bei ..... Enthaltungen

**Weiterleitung an:**

Bezirksvorstand ( )

Landesbezirkskonferenz ( )

Landesbezirksvorstand ( )

Bundeskongress ( )

Bundesvorstand ( )